VDW-Jahrestagung 2022

Die Verantwortung der Wissenschaft für die Gestaltung der Zukunft

Am Freitag, 29. April und Samstag, 30. April 2022

In den Ministergärten 10 / 10117 Berlin (Landesvertretung Niedersachsen)

und digital per Zoom

Stand: 17.05.2022

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.

Marienstraße 19/20
10117 Berlin

T +49.30.21234056
E info@vdw-ev.de

www.vdw-ev.de

Bericht des Workshops zu Frieden und Sicherheit am 30.04.2022 von 14:00 bis 16:30 Uhr

Podiumsgäste:	Dr. Effrosyni Chelioti (Helmholtz Gemeinschaft), Dr. Marcus Conlé (DESY), Dr. Karin Zach (DPG)
Moderation:	Prof. Dr. Götz Neuneck (IFSH)
Rapporteur:	Dr. Christian Alwardt

Die im Rahmen der VDW Jahrestagung am 30. April 2022 tagende Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden" beschäftigte sich mit dem Thema „Internationale Wissenschaftskooperation unter neuen politischen Rahmenbedingungen". Auf dem Panel vertreten waren als eingeladene Referierende Effrosyni Chelioti (Helmholtz Gemeinschaft), Marcus Conlé (DESY) und Karin Zach (DPG). Herr Conlé und Frau Zach hielten jeweils einen kurzen Impulsvortrag, die anschließende Diskussion erfolgte aber auch unter Einbeziehung des Vortrags von Frau Chelioti, den diese bereits am Vormittag im Plenum zum Thema „Internationale Wissenschaftskooperation unter neuen politischen Rahmenbedingungen", mit Fokus auf der Interaktion wissenschaftlicher Gesellschaften und den resultierenden Herausforderungen gehalten hatte. Götz Neuneck führte am Anfang der Arbeitsgruppensitzung in das Thema ein und moderierte die Diskussion.

A. Einführung und Impulsvorträge

In seiner Einführung lenkte Götz Neuneck zunächst den Blick auf die sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen in Folge einer sich stark wandelnden Weltordnung. Insbesondere thematisierte er das zunehmende Spannungsfeld zwischen „liberalen Kräften" auf der einen Seite und „populistischen sowie autoritären Kräften" auf der anderen Seite. In diesem Zusammenhang warf er die Frage nach der zukünftigen Stellung von Multilateralismus und gemeinsamen Werten auf und wies auf die bereits heute feststellbaren Machtverschiebungen, die Erosion von Verträgen und einen internationalen Machtwettbewerb auch bei neuen Technologien sowie die Herausbildung neuer Allianzen hin. Zugleich konstatierte er, dass internationale Großprojekte und neue technologische Entwicklungen neue rechtliche, ökonomische, ethische und

BANKVERBINDUNG
GLS Bank Bochum
DE45 4306 0967 4022 7875 00
BIC GENODEM1GLS

STEUERNUMMER
27/680/61028

VORSTAND
Prof. Dr. Ulrike Beisiegel · Hamburg (Co-Vorsitz)
Prof. Dr. Hartmut Graßl · Hamburg (Co-Vorsitz)
Dr. Hans-Jochen Luhmann · Wuppertal
Werner Mittelstaedt · Haltern am See (Schatzmeister)
Prof. Dr. Ernst Pöppel · Pullach
Prof. Dr. Jürgen Scheffran · Hamburg

PUGWASH-BEAUFTRAGTER
Prof. Dr. Götz Neuneck · Hamburg

GESCHÄFTSFÜHRERIN
Dr. Maria Reinisch · Berlin

BEIRAT
Prof. Dr. Ulrich Bartosch (Vorsitz)
Prof. Dr. Paula Bleckmann
Prof. Dr. Lothar Brock
Prof. Dr. Michael Brzoska
Dr. Angelika Hilbeck
Prof. Dr. Hans Joas
Dr. Moritz Riede
Ra Dr. Klaus Schmid
Frank Schmiedchen
Prof. Dr. Eberhard Seifert

sicherheitspolitische Fragen aufwerfen, die kooperativ und auf internationaler Ebene beantwortet werden müssten.
In diesem Zusammenhang verwies er auf die möglichen Rollen der Wissenschaft und differenzierte deren Aktionsfelder in Science Diplomacy, Science in Diplomacy (Außenwissenschaftspolitik) und Diplomacy for Science. Am Beispiel der Pugwash Conferences on Science and World Affairs beleuchtete er insbesondere die Track II/I.5 Diplomatie während des Kalten Krieges, eine „backchannel diplomacy " die sich in der Praxis auf „nicht staatliche, informelle und inoffizielle Kontakte und Aktivitäten zwischen Privatpersonen oder Gruppen oder Einzelpersonen" gründet und zur Intention hat, einen geschützten Raum für Austausch und Diskussion auch dann noch bereitzustellen, wenn offizielle Regierungsdiplomatie bereits an ihre Grenzen gestoßen ist. Die in der Vergangenheit so erzielten Erfolge, lassen dieses Konzept auch im Angesicht der heute zunehmenden internationalen Spannungen und verhärteter diplomatischer Fronten wieder als eine probate Blaupause erscheinen.
Seine Einführung beschließt Götz Neuneck mit einigen Lehren aus der Track II Diplomacy. Vor allem hebt er noch einmal den Wert vertraulicher Dialoge - auch gegen den Mainstream – hervor und rät keine Angst vor kontroversen Debatten zu haben, die auch transformativen Charakter und zwar auf beiden Seiten hätten. Er erläutert dafür nötige Kriterien und Grundlagen sowie erste mögliche Schritte, die hierfür den Weg ebenen könnten. Hierzu zählt er u.a. die gemeinsame Anerkennung von wissenschaftlichen Standards und professionellem Verhalten, einen fairen Wettbewerb und eine Orientierung in Richtung gemeinsamer Erfolge bzw. Gewinne.
Im Rahmen der fortlaufenden Debatte wurde ferner thematisiert, dass die Beendigung öffentlicher wissenschaftlicher Kontakte, wie im Fall des Ukraine-Krieges, eine solche Track II Diplomatie behindere und zu bedauern sei, zugleich aber festgestellt werden muss, dass auch die Wissenschaft eine Abhängigkeit von politischen Rahmenbedingungen aufweist.
Daneben galt immer schon, dass wissenschaftliche Kooperation auch ein inhärentes Risiko von u.a. Spionage, Dual-Use und die Abzweigung von Wissen zu „nationalen Zwecken" beinhaltet.
Neue Technologien sind immer auch als potentielle „Game Changer" zu betrachten und damit einhergehende (sicherheitspolitische) Implikationen entsprechend zu bewerten: Als Beispiel hierfür wurde der Einsatzes zukünftiger Quantentechnologie zur Lokalisierung von U-Booten über weite Distanzen aufgeführt.
Insgesamt scheint ein interner kommunikativer Prozess (in Deutschland/Europa) und ein „Darüber-Reden" erforderlich, um den aktuellen Herausforderungen besser gerecht zu werden, z.B. durch den Austausch von Erfahrungen und der Diskussion der Implikationen. Hierbei stellt sich die wichtige Frage, was insbesondere die VDW beitragen kann. Ein erster Schritt ist sicherlich, die zugrundeliegenden Probleme genauer zu betrachten, neue Möglichkeiten auszuloten und ein Gesprächsforum für wichtige Themen zu bieten.
Der Frage, ob die vielfach angeführten Erfahrungen aus dem sicherheitspolitischen Bereich nicht zu speziell seien, um auf den Bereich „Science Diplomacy" übertragen zu werden, wurde mit Verweis auf die Dual-Use Schnittmengen begegnet. Modellierungen zu sicherheitspolitischen Fragen seien auch immer „aus dem Zivilen heraus" möglich. Die Veröffentlichung ziviler Forschungsergebnisse können dazu dienen, Sicherheitsthemen zu problematisieren, die von staatlicher Seite nicht thematisiert werden würden. Ein weiterer Einwurf in der Diskussion attestierte solch zivilen Ergebnisse jedoch in der Vergangenheit überwiegend keine solche militärisch-geheime Relevanz, als dass es dadurch zu einer Neuausrichtung des Diskurses gekommen wäre. Anderen Beteiligte kommen in diesem Punkt aber zu einer anderen Bewertung.

Im weiteren Verlauf wurde von Marcus Conlé, Projektkoordinator beim DESY, in einem Impulsvortrag das auf zwei Jahre ausgelegte WIKOOP-INFRA Projekt in Hamburg vorgestellt, das sich grundsätzlichen Fragen der wissenschaftlichen Kooperation mit China widmet. Neben dem DESY sind an diesem Projekt das GIGA, das IFSH und das Helmholtz Peking Office beteiligt. Als fester Bestandteil des Projektes ist ein kooperativer Austausch mit der chinesischen Akademie der Wissenschaften vorgesehen.
Die Ausführungen von Marcus Conlé widmeten sich zunächst den Chancen, die sich aus einer wissenschaftlichen Kooperation mit China ergeben könnten. Einerseits wird die Forschung der chinesischen Akademie der Wissenschaften und chinesischer Eliteuniversitäten international immer sichtbarer und nimmt in einigen Bereichen bereits eine Spitzenposition ein. Die chinesische Regierung setzt inzwischen verstärkt auf die Förderung der Grundlagenforschung und die massive Errichtung von Forschungsgroßanlagen, wofür China internationale Kooperationen sucht.
Es wird u.a. auch daher die Notwendigkeit der Kooperation mit China gesehen, da eine weitere Verlagerung der Spitzenforschung nach China zu erwarten ist. Andererseits wirft dies aber zugleich auch die Frage auf, wie gesichert zukünftig der Zugang zu Forschungsinfrastruktur und -daten sein wird. Besteht gar die Gefahr einer zukünftigen chinesischen Forschungshegemonie und der Missbrauch der (gemeinsamen) Forschung? Als weitere Herausforderungen, die sich aus einer wissenschaftliche Kooperation mit China ergeben könnten, führt Marcus Conté die Themen Forschungsintegrität, geistiges Eigentum und Technologietransfer sowie die Dual-Use Problematik an.
Handlungssicherheit in wissenschaftlichen Kooperationen mit China sei somit eine wichtige Voraussetzung. Es gilt daher zunächst die individuellen Rahmenbedingungen einer Kooperation festzustellen, wofür es insbesondere auch den forschungs- und den außenpolitischen Kontext zu berücksichtigen gilt. Auf dieser Basis sei dann eine Chancen-Risiken-Abwägung durchzuführen, aus der eine finale Kooperationsentscheidung resultieren könnte.
Wie Marcus Conlé weiter feststellt, sei eine „Steigerung der China-Kompetenz" für einen solchen Prozess eine wichtige Voraussetzung und in einer „Evidenz-basierten Diskussion" sehe das WIKOOP-INFRA Projekt den richtigen Ansatz. Als wesentliches Projektziel gilt einerseits der dialogbasierte Abbau von Unsicherheiten und Wissensasymmetrien in der Kooperation mit China und andererseits die Ausarbeitung von Leitlinien und Lösungsansätzen zum Umgang mit Risiken in der deutsch chinesischen Großgeräteforschung. Die methodischen Ansätze hierfür umfassen u.a. Experten- und Fokusgruppeninterviews mit relevanten Stakeholdern und Wissensträgern sowie die Analyse des wissenschaftspolitischen Diskurses und von Politikdokumenten.

In einem weiteren Impulsvortrag referierte Karin Zach, im DPG-Vorstand für die internationalen Beziehungen verantwortlich, zur „wissenschaftliche Zusammenarbeit mit China in individuellen Projekten". So sei wissenschaftliche Kooperation wichtig und gewinnbringend, dabei seien Chancen und Risiken aber bewusst abzuwägen. Beobachtungen aus der Praxis zeigten, dass die Zusammenarbeit von chinesischer Seite sehr stark strategisch geprägt sei und die Verzahnung mit politischen Zielen nicht unterschätzt werden sollte.
Chinesische Promovierende und Mitarbeitende seien aufgrund des sehr harten Ausbildungs- und Karrierewettbewerbs sehr fleißig und zudem auch stark patriotisch geprägt. Der/die Einzelne sei vor allem gegenüber der Familie und dem Land verpflichtet. Hinter vielen auch scheinbar individuellen Entscheidungen ständen häufig Parteiziele.
Als Grundsätze einer Zusammenarbeit empfiehlt Karin Zach die Konzentration auf Themen von beiderseitigem Nutzen. Auch sollte ein Bewusstsein für die starke Verknüpfung von Staat und Wissenschaft in China sowie Sensibilität hinsichtlich der Dual-Use Problematik bestehen und bei

Bedarf das BAFA einbezogen werden. Bei Kooperationen sollte eine Verpflichtung zur Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und zur Veröffentlichung von Ergebnissen entsprechend internationalen Standards sowie die Einhaltung ethischer und datenschutzrelevanter Standards in einer Kooperationsvereinbarung festgeschrieben werden. In eben einer solchen Vereinbarung sollten auch Fragen zum Austausch von Proben, Materialien und Daten (auch in Hinblick auf das neue chinesische Gesetz zu „Daten von nationalem Interesse") sowie zum Umgang mit geistigem Eigentum vorab geklärt werden. Auch sollte darauf geachtet werden, dass China nicht als (Ausweich-)Feld für ethisch-fragwürdige Forschung gewählt wird (Einbeziehung heimischer Ethikkommissionen).
Abschließend unterstrich Karin Zach, dass mehr Kenntnis über Land und Leute notwendig sei („Chinakompetenz"), am besten anhand eines aktiven, auch personeller Austausches in beide Richtungen (nicht nur Post-Docs aus China einladen, sondern selber hingehen). Wichtige wäre in diesem Zusammenhang dann z.B. auch, dass in Deutschland Forschungsaufenthalten in China mit Blick auf den CV mehr Anerkennung finden. Ein wesentliches Problem für die Kooperation in China sei nach wie vor die Sprache, wodurch Ausländer bei vielem außen vor blieben. Obwohl Offenheit gegenüber Partnern wünschenswert ist, sei auch ein gesundes Misstrauen angebracht und insbesondere ein verantwortungsbewusster Umgang mit Themen wie Wissens- und Technologietransfer sowie Dual-Use sollten stets im Blick bleiben. Ebenso sollte anerkannt und berücksichtigt werden, dass China in vielen Bereichen eben auch kein Entwicklungsland mehr ist.

B. Gemeinsame Diskussion

In der anschließenden gemeinsamen Diskussion aller Teilnehmenden wurde einerseits die Gelegenheit ergriffen, den vorherigen Input der Vorträge zu vertiefen oder diesbezügliche Punkte zu klären, anderseits wurden aber auch eigene mit dem Thema verbundene Gedanken und Handlungsmöglichkeiten vorgebracht.
So wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass die wissenschaftliche Community auch als relevante Wertschöpfungskette zu betrachten sei. Insbesondere. In dieser Hinsicht sei daher auch sicherheits-/außenpolitische Kompetenz bzw. Awareness in der wissenschaftlichen Community nötig, gerade auch in Hinblick auf z.B. Software/Knowlege-Transfer in Folge von wissenschaftlichen Kooperationen. Hier gelte es entsprechende Methoden zu entwickeln, um damit einen geeigneten Umgang zu finden. In den USA und auch China würde hier bereits heute aus einem sehr viel stärkeren nationalem Interesse gehandelt, wichtige strategisch Forschungsergebnisse verblieben dort im eigenen Land. Innerhalb der EU sei man hier „noch nicht soweit". Ein weiterer Kommentar hierzu unterstrich die Notwendigkeit von Kooperationen, die jedoch legitimiert sein müssten und die wichtige Frage wäre, auf welcher Basis eine solche Legitimation herbeigeführt werden kann, wofür ein Evidenz-basierter Ansatz angeraten wurde. Schwierig werde es, wenn politische Unterdrückung (wie z.B. der Uiguren) die China-Politik beherrscht und auch auf wissenschaftliche Kooperationen ausstrahlt. Die neue China-Politik der Bundesregierung werde mit Spannung erwartet.
Auch wurde die Frage erörtert, inwiefern bei wissenschaftlichen Kooperationen und diesbezüglichen Projektenscheidungen eine Einbeziehung der Arbeitsrechte und der Umweltlage vor Ort stattfände. Die Antwortet der Panelisten deckten sich hier dahingehend, dass diese konkreten Bedingungen vor Ort zumeist nicht selber eingeschätzt werden könnten, sondern man sich auf langjährige Partner vor Ort (z.B. Stiftungen) verlasse. Wenn diese in dieser Hinsicht keine Probleme sehen, würde die Kooperation stattfinden. Ein „Sensibilieren vor Ort" sei stets nötig. Zugleich wurde aber auch

eingeworfen, dass man sich zukünftig situativ wohl auch von der Vorstellung und dem Anspruch verabschieden müsste, immer alle eigenen Standards weltweit in Gänze durchsetzen zu können. In Bezug auf Kooperationen in China gab es einen Kommentar, dass der diesbezügliche Entscheidungsbereich überwiegend „sehr grau" wäre und insbesondere die Entscheidung, wo rote Linien zu setzen seien, sehr schwierig sei.
In einer weiteren Frage wurde die These aufgestellt, dass viele Professor:innen bei uns sehr wohlwollend gegenüber China eingestellt wären, auch weil Ihre Arbeit von China (und chinesischen Gaststudierenden) stark profitieren würde, was ein Problem darstelle. Wie könnte dies geändert bzw. gestoppt werden? Eine Lösung wurde in einer geeigneten Sensibilisierung und einer Ertüchtigung der eigene Wissenschaftler:innen gesehen, so dass sie sehenden Auges eine solche Kooperation eingehen. Aber niemanden könne eine „Einbringung" in China verboten werden, zumal wenn sich dort anstelle der „heimischen Pensionierung" noch Betätigungsmöglichkeiten ergäben bzw. dort etwas bewegt werden könne.
Thematisch anknüpfend wurde der Vorschlag gemacht, dass wir in Deutschland strategischer an die Technologieentwicklung herangehen müssten, z.B. indem wir chinesischen Studierenden vielleicht auch in Deutschland Chancen bieten, damit diese nicht zwangsläufig zurückgehen müssten. Hierauf gab es den Hinweis, dass mit dem von China unterhaltenen „Tausend Talente Programm", hier eine starke Konkurrenz bestehe, da dieses sehr gut finanzierte Programm dezidiert darauf abziele, chinesische Talente zurückzuholen und „zuhause" bestmöglich auszustatten. In einem weiteren Einwurf wurde angemerkt, dass wir immer auch die Verhältnisse beachten müssten: China sei viel größer und daher müsse man China auch größere Erfolge (Publikationen, Patente etc.) und auch seine eigenen Interessen zugestehen. Auch durch „zurückgeholte" Wissenschaftler fändet ein „Wertetransfer" statt. Von anderer Seite wurde hingegen Pessimismus geäußert, was einen solchen Wertetransfer angehe, da eine etwaige „positive westliche Beeinflussung" zum einen kaum stattfände bzw. nach der Rückkehr nur von sehr kurzer Dauer sei, bevor heimische Propaganda wieder verfängt.
Im weiteren Verlauf wurde die Frage aufgeworfen, wie sich die derzeit Situation (d.h. Ukrainekrieg) in der Forschungszusammenarbeit mit Russland darstelle. Eine Deutung der BMBF Handlungsempfehlungen sei, dass Kontakte zu russischen Forschungsinstitutionen eingefroren werden sollten. Wissenschaftliche Kontakte auf individueller Ebene könnten bzw. würden weiter stattfinden. „Wissenschaft müsse trotzdem ein Signal setzen und Spannungsfelder bedienen". Das bedeutet auch, dass Kooperationen bisher (überwiegend) nicht aufgekündigt, sondern nur eingefroren wurden. Es bestehe aber die Gefahr eines „Point of no return" und restriktiveren Maßnahmen, je länger der Ukraine-Krieg andauere. Ein Kommentar brachte die Meinung zum Ausdruck, dass wissenschaftliche Kooperation nicht zwischen Staaten, sondern zwischen Menschen stattfände. Dabei sammeln alle wichtige Erfahrungen. Es sei eine „Katastrophe, dass diese Kontakte nun unterbunden sind." Die VDW solle hier die Stimme erheben.
Auf die Frage, ob Zwischenfällen (Befragungen/Verhaftungen etc.) bekannt seien, die in Zusammenhang mit wissenschaftlicher Kooperationen zwischen Deutschland und China stehen, wurde einhellig geantwortet, dass keine konkreten Vorfälle bekannt seien. Menschen die (kritisch) über China forschen, hätten es aber schwieriger. Auch gab es die Anmerkungen, dass es in den USA seit geraumer Zeit eine Reihe konkreter Anklagen gegen chinesische oder chinesisch-stämmige Wissenschaftler:innen gäbe („China-Hysterie"). Eine weitere Frage war, ob die USA auch Deutschland mehr in diese Richtung bewegen wird?
Abschließend wurde noch debattiert, wie es um das Verhältnis von bilateraler Science Diplomacy und multilaterale Science Diplomacy (z.B. durch UN-nahe Organisation) bestellt ist. Die Antworten besagten hier u.a., dass bilaterale Diskussionen nicht die multilaterale Science Diplomacy

beeinflussen würden und auch keine Verschiebungen in die eine oder andere Richtung erkennbar sei. In Bezug auf China sei mehr Abstimmung auf EU-Ebene notwendig, z.B. über Science Europe. Am Ende wurde noch der Vorschlag gemacht, dass z.B. das BMBF Forschungsorganisationen dazu ermutigen könnte, spezielle (kulturelle/politische) Betreuungsprogramme für chinesische Studierende/Forschende aufzulegen.

C. Fazit

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe hat die hohe Relevanz der sowohl bisherigen als auch der zukünftigen Wissenschaftskooperation im internationalen Raum unterstrichen. Solche Kooperationen müssen dabei immer im gegenseitigen Interesse erfolgen und auch die (zunehmenden) Herausforderungen adressieren. Kooperation muss legitimiert sein und hierfür müssen Chancen und Risiken abgewogen werden, stets unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Werte, politischen Rahmenbedingungen und auch der Dual-Use Problematik. Wie die Erfahrungen während des Ost-West-Konfliktes gezeigt haben, ist die Wissenschaft auch ein probates Mittel, um in einen Dialog über Frienden und Sicherheit einzutreten (Track II Diplomatie) und so auch in Zeiten internationaler Konflikte und Konkurrenz einen wichtigen „Gesprächskanal" offen zu halten. Obgleich die so wichtigen „Brücken" in aller Welt momentan eher abgebrochen werden, ist internationale Wissenschaftskooperation und wissenschaftlicher Dialog essentiell, um so dringende gemeinsame Probleme der Gegenwart und Zukunft (Klimakrise, Kriege, Wohlstand etc.) lösen zu können. Damit ein Austausch erfolgreich sein kann, ist das Wissen über das Wesen und die Intentionen des jeweils „Anderen" und die Bereitschaft diese zu ergründen eine unbedingte Voraussetzung. Die VDW ist aufgerufen, den Dialog um Wissenschaftskooperation und deren Legitimation unter den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen weiter zu begleiten und zu fördern. Die Arbeitsgruppensitzung war hier ein erster Schritt und eine Fortsetzung in einem größeren Format (z.B. in Zusammenarbeit mit der DPG) soll zukünftig erwogen werden. Die Debatte um Wissenschaftskooperation sollte ein kontinuierlicher und vorausschauender Prozess sein, denn wer weiß heute schon, wie sich die politischen Rahmenbedingungen noch ändern werden.